

Konjunkturbericht

IHK Darmstadt Rhein Main Neckar Fröhsommer 2026

Konjunktur in Deutschland

Die Lage der deutschen Wirtschaft bleibt angespannt. Eine Trendwende ist nicht erkennbar, das Gesamtbild ist fragil. Harte Konjunkturdaten wie Industrieproduktion und Auftragseingang zeigen sich weiterhin uneinheitlich. Vor allem der durch den Irankrieg ausgelöste Energiepreisschock belastet die Wirtschaft schwer. Energieintensive Wirtschaftszweige stehen besonders unter Druck, ihre Produktion anzupassen oder Kostensteigerungen weiterzugeben. Gleichzeitig wächst der Reformdruck auf die öffentliche Hand, weil steigende Zinslasten infolge der hohen Staatsverschuldung einen immer größeren Teil der Steuereinnahmen binden. Laut mittelfristiger Finanzplanung des Bundesfinanzministeriums werden sich die Zinsausgaben des Bundes von derzeit rund 30 Milliarden Euro auf 79 Milliarden Euro im Jahr 2030 mehr als verdoppeln. Verzögerungen bei zentralen wirtschaftspolitischen Vorhaben verstärken die Verunsicherung von Unternehmen. Dass die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zu einer steuer- und abgabenfreien Entlastungsprämie nicht durch den Bundesrat bringen konnte, wirft Fragen hinsichtlich der politischen Durchsetzungsfähigkeit auf. In der zweiten Jahreshälfte könnte der fiskalische Impuls durch das Infrastruktur-Zukunftsgesetz zwar Wachstumsimpulse setzen. Trotz dieser geplanten Maßnahmen hat selbst die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2026 gesenkt. Dies verdeutlicht, dass eine nachhaltige Erholung der deutschen Wirtschaft derzeit nicht gesichert ist.

Regionale Wirtschaft: Konjunkturelle Belebung bleibt aus

Die südhehsische Konjunktur kommt nicht in Gang – im Gegenteil, sie schwächt sich ab. 17 Prozent der Unternehmen sind mit dem aktuellen Geschäft zufrieden, knapp jedes dritte Unternehmen (31 Prozent) ist unzufrieden. Mehr als die Hälfte der Unternehmen (52 Prozent) berichten von einer durchwachsenen Geschäftslage. Gegenüber der Vorumfrage zu Jahresbeginn gibt der Saldo aus positiven und negativen Lageeinschätzungen sieben Prozentpunkte ab. Er beträgt jetzt minus 14 Prozentpunkte. Ihre Zukunftsperspektiven beurteilen die Unternehmen noch pessimistischer als zu Jahresbeginn. Zwölf Prozent der Unternehmen erwarten bessere Geschäfte, mehr als jedes zweite Unternehmen (54 Prozent) sieht eine gleichbleibende Entwicklung auf dem aktuellen Niveau. Jedes dritte Unternehmen (34 Prozent) rechnet mit schlechteren Geschäften. Damit verliert der Saldo aus positiven und negativen Zukunftseinschätzungen acht Prozentpunkte. Mit minus 22 Prozentpunkten liegt er aktuell tief im negativen Bereich.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen ist nach wie vor verhalten. Der Investitionssaldo gibt einen Punkt ab, er liegt aktuell bei minus 16 Punkten. 22 Prozent der Unternehmen wollen mehr investieren, 38 Prozent planen geringere Investitionsbudgets. Die Lücke zum langjährigen Durchschnitt der Investitionspläne ist offensichtlich. Von Zurückhaltung geprägt sind auch die Beschäftigungspläne der Unternehmen. Kaum jedes zehnte Unternehmen (acht Prozent) will einstellen, jedes vierte sieht sich gezwungen, Mitarbeitende zu entlassen, oder kann ausscheidendes Personal nicht ersetzen.

Zwei von drei Unternehmen (68 Prozent) wollen die Zahl der Mitarbeitenden konstant halten. Der Saldo der Beschäftigungspläne bleibt konstant. Mit minus 17 Prozentpunkten bleibt er im roten Bereich. Die Achterbahnfahrt der Exportpläne setzt sich fort. Dieses Mal ist es der Irankonflikt, der die Exportpläne nach unten treibt. So verliert der Saldo der Exporterwartungen fünf Punkte. Mit einem Exportsaldo von minus 13 Prozentpunkten sind die pessimistischen Exporteure in der Mehrheit.

Der IHK-Geschäftsklimaindex bündelt die Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen Lage und die Erwartungen der Unternehmen und trifft damit eine Aussage über den konjunkturellen Gesamtzustand der regionalen Wirtschaft. Gegenüber Jahresbeginn verliert er acht Punkte, er beträgt jetzt 82 Punkte. Damit liegt der Index seit vier Jahren unterhalb der Wachstumsschwelle von 100 Punkten. Für die südhehsische Wirtschaft ist weiterhin keine Trendwende erkennbar.



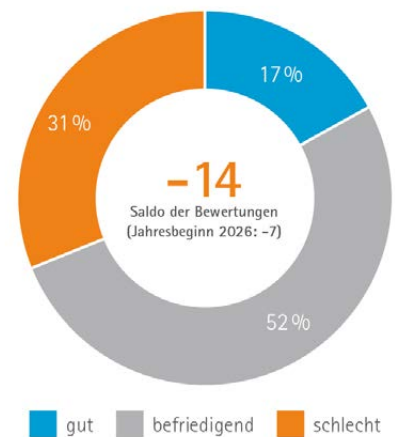
Darmstadt
Rhein Main Neckar

Geschäftsklima



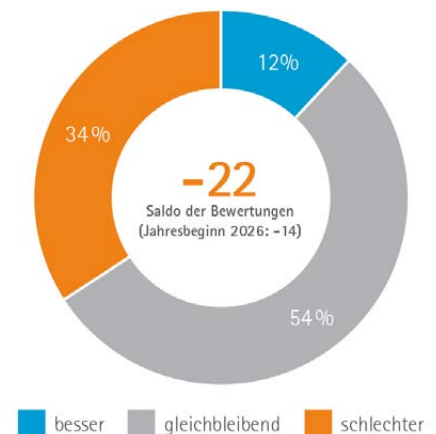
Geschäftslage

Mit dem laufenden Geschäft sind die südhessischen Unternehmen unzufriedener als zu Jahresbeginn. 17 Prozent der Unternehmen berichten von guten Geschäften, gut die Hälfte spricht von teilweise befriedigenden Zahlen, fast jedes dritte ist mit der Geschäftslage unzufrieden. Der Lagesaldo aus positiven und negativen Beurteilungen verliert sieben Punkte. Mit minus 14 Prozentpunkten liegt er deutlich im roten Bereich. Positive Werte verzeichnen nur das Baugewerbe (Saldo plus 18 Prozentpunkte) und das Kreditgewerbe (Lagesaldo plus 15 Prozentpunkte). Die Industrie liegt im Trend (Saldo minus 14 Prozentpunkte, minus zwei Punkte). Die Gesamtheit der Dienstleister meldet schlechtere Zahlen (Lagesaldo minus 18 Prozentpunkte, minus 15 Einheiten), die unternehmensbezogenen Dienstleister liegen nochmals darunter (Lagesaldo minus 21 Prozentpunkte, Saldorückgang um 26 Punkte). Das Schlusslicht bildet der Einzelhandel (Saldo minus 32 Prozentpunkte, Saldorückgang um einen Punkt).



Geschäftserwartungen

Die Erwartungen an die Zukunft haben sich verschlechtert. Zwölf Prozent der Unternehmen rechnen mit besseren Geschäften, ein Drittel (34 Prozent) stellt sich auf schlechtere Zeiten ein. Der Erwartungssaldo gibt acht Prozentpunkte ab. Mit minus 22 Prozentpunkten überwiegt aktuell deutlich der Pessimismus. Optimistisch ist allein das Kreditgewerbe (Erwartungssaldo plus 15 Prozentpunkte, Zuwachs um sieben Punkte). In allen anderen Wirtschaftszweigen herrscht Skepsis, insbesondere im Einzelhandel (Erwartungssaldo minus 50 Prozentpunkte, Saldorückgang um 17 Punkte), gefolgt von der Gesamtheit der Dienstleister (Saldo minus 26 Prozentpunkte, weniger 13 Punkte). Der Höhenflug des Gastgewerbes wegen der Wiedereinführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes ist verpufft (Saldo minus 20 Prozentpunkte, Rückgang um 38 Punkte). Vergleichsweise wenig pessimistisch zeigt sich die Industrie (Erwartungssaldo minus acht Prozentpunkte, unverändert).



Makroökonomische Indikatoren



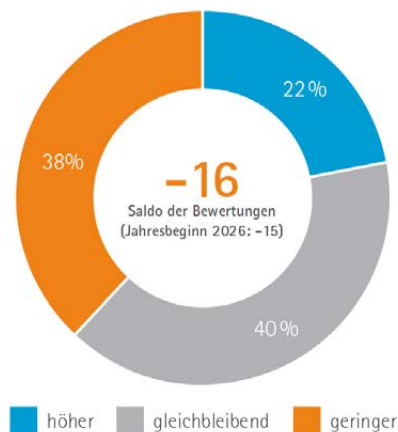
Investitionen

Die Reformbemühungen der Bundesregierung bleiben ohne den erhofften Effekt. Die Investoren reagieren kühl, der Saldo der Investitionspläne liegt deutlich im roten Bereich. Er gibt einen weiteren Punkt ab und liegt aktuell bei minus 16 Prozentpunkten. Konkret: Mehr als jedes fünfte Unternehmen (22 Prozent) will mehr investieren, 40 Prozent halten die Investitionsbudgets konstant, 38 Prozent planen Kürzungen.

Wie zu Jahresbeginn planen lediglich die Banken Mehrinvestitionen (Investitionssaldo plus 54 Prozentpunkte). Das Baugewerbe hält seine Investitionsbudgets zumindest konstant. Alle anderen Wirtschaftszweige wollen investive Mittel kürzen. Am kräftigsten reduzieren der Einzelhandel (Saldo minus 28 Prozentpunkte, Rückgang um einen Punkt) und die unternehmensbezogenen Dienstleister (Saldo minus 22 Prozentpunkte, Saldozuwachs um zwei Punkte).

Auch die Gesamtheit der Dienstleister plant Einsparungen (Saldo minus 19 Prozentpunkte, Saldozuwachs um vier Punkte). Die Industrie liegt mit einem Saldo von minus 16 Prozentpunkten (Rückgang um zwölf Punkte) im Trend.

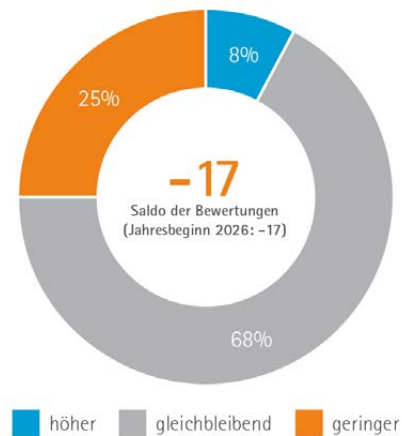
Vorherrschendes Motiv unter den Investitionsplänen ist die Ersatzbeschaffung (68 Prozent der Nennungen, minus zwei Punkte). Auf Platz zwei folgt das Rationalisierungsmotiv (38 Prozent, plus sieben Prozentpunkte). Knapp jedes vierte Unternehmen investiert in Produkt- und Prozessinnovationen (23 Prozent, minus vier Punkte). Umweltschutz geben nur 14 Prozent der befragten Unternehmen als Motiv an (unverändert). Kapazitätserweiterung nennen zwölf Prozent als Beweggrund (plus ein Punkt).



Beschäftigung

Das Thema Fachkräftesicherung hat aus Sicht der Unternehmen derzeit nicht oberste Priorität – im Gegenteil. Nur acht Prozent der Unternehmen wollen einstellen, jedes vierte Unternehmen (25 Prozent) sieht sich gezwungen, Mitarbeitende zu entlassen, oder kann ausscheidendes Personal nicht ersetzen. Zwei von drei Unternehmen (68 Prozent) wollen ihre Mitarbeiterzahl halten. Mit minus 17 Prozentpunkten stagniert der Saldo der Beschäftigungspläne unverändert auf niedrigem Niveau. Zum Vergleich: Der Zehnjahresdurchschnitt des Beschäftigungssaldos beträgt minus fünf Prozentpunkte.

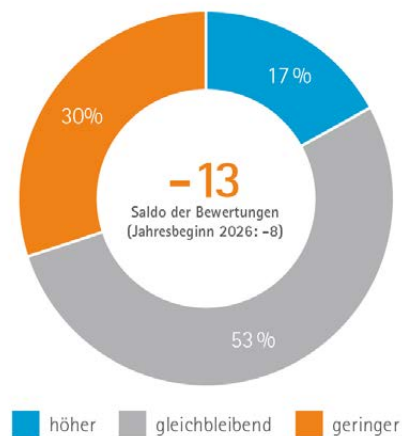
Beim Blick in die Wirtschaftszweige fällt auf, dass nur Banken (Beschäftigungssaldo plus 15 Prozentpunkte) und Baugewerbe (Saldo plus neun Prozentpunkte) Beschäftigung aufbauen. Alle anderen Wirtschaftszweige müssen kürzen, am stärksten der Einzelhandel (Beschäftigungssaldo minus 29 Prozentpunkte, Saldorückgang zwei Punkte). Ähnlich die Abbaupläne bei den unternehmensbezogenen Dienstleistern (Beschäftigungssaldo minus 20 Prozentpunkte, Saldorückgang um acht Punkte). Auch die Industrie sieht sich zu Personaleinsparungen gezwungen. Mit einem Beschäftigungssaldo von minus 22 Prozentpunkten (Saldoplus um fünf Punkte) kürzt sie vergleichsweise stark.



Exporte

Südhessische Exporteure blicken mit Sorge auf das internationale Umfeld. Nach einer kurzen Erholung zu Jahresbeginn trüben sich die Erwartungen an das Auslandsgeschäft wieder ein. 17 Prozent der südhessischen Unternehmen rechnen mit steigenden Exporten, drei von zehn Exporteuren gehen von einem Rückgang des Exportgeschäfts aus. 53 Prozent der Unternehmen glauben, dass es so bleibt, wie es ist. Mit minus 13 Prozentpunkten liegt der Saldo der Exporterwartungen aktuell deutlich im roten Bereich. Gegenüber der Vorumfrage zu Jahresbeginn sind dies fünf Prozentpunkte weniger.

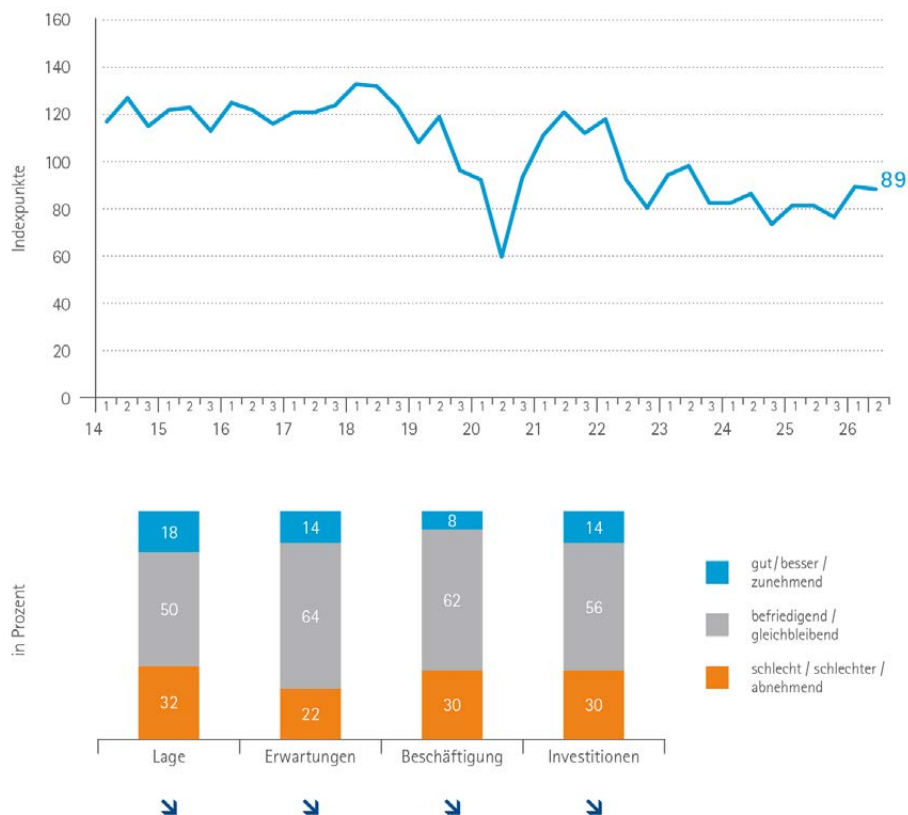
Für Verunsicherung sorgen die erratische Zollpolitik der US-Regierung sowie der Irankonflikt, der Energiepreise treibt und wichtige Handelsrouten destabilisiert. Gleichzeitig wirkt Europa bei Verhandlungen zwischen den Großmächten USA und China wie ein Zaungast. Diese offensichtliche Machtverschiebung erhöht das Risiko, dass europäische Interessen in Handelsfragen nicht angemessen berücksichtigt werden. Kleine und mittelständische auslandsaktive Unternehmen beurteilen ihre Exportchancen schlechter als Großunternehmen.



Wirtschaftszweige

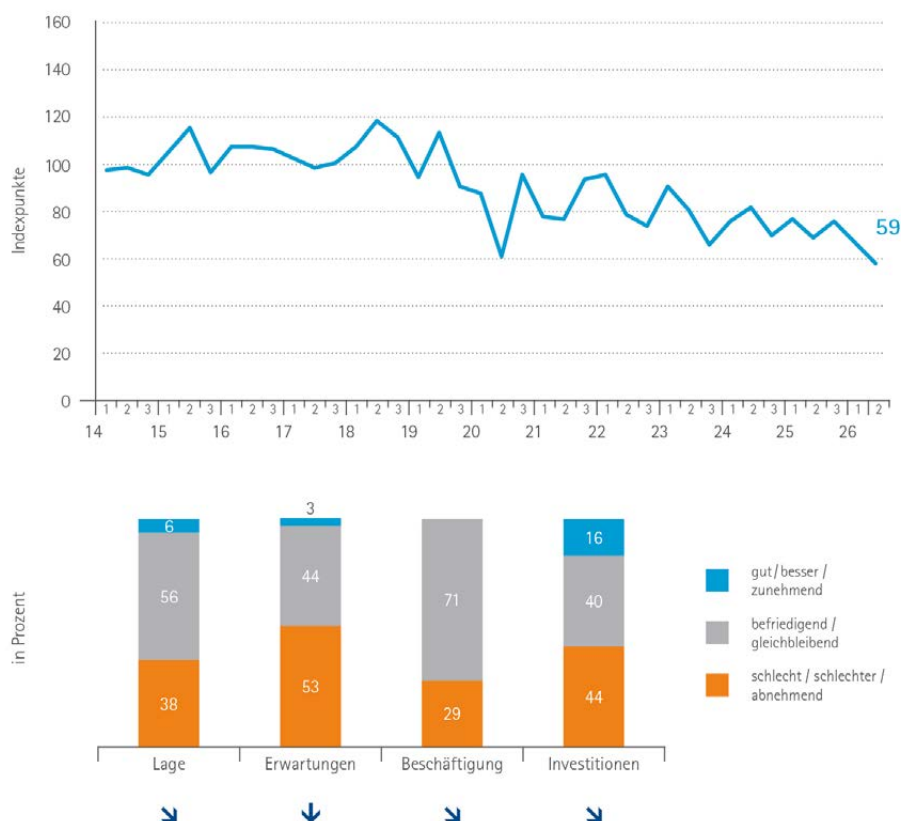
Industrie

In der Industrie ist die Lage angespannt, die Geschäfte laufen mehrheitlich schlecht. Nicht einmal jedes fünfte Unternehmen (18 Prozent) meldet gute Zahlen, jedes dritte Unternehmen (32 Prozent) berichtet von einer schlechten Geschäftslage. Der Lagesaldo beträgt minus 14 Prozentpunkte, zwei Prozentpunkte schlechter als zur Vorumfrage. Nach einer kurzen Erholung zu Jahresbeginn hat sich der Auftrags-eingang wieder verschlechtert. Der Blick in die Zukunft bleibt sorgenvoll. In Zahlen: 14 Prozent der Unternehmen rechnen mit besseren Geschäften, 22 Prozent stellen sich auf schlechtere Zeiten ein. Der Saldo aus optimistischen und pessimistischen Unternehmen stagniert aktuell bei minus acht Prozentpunkten. Die Investitionspläne bleiben zurückhaltend. Der Investitionssaldo beträgt minus 16 Prozentpunkte (Rückgang um zwölf Punkte). In Personalfragen zeigt sich die Industrie zugeknöpft (Saldo minus 22 Prozentpunkte, Saldozuwachs um fünf Punkte).



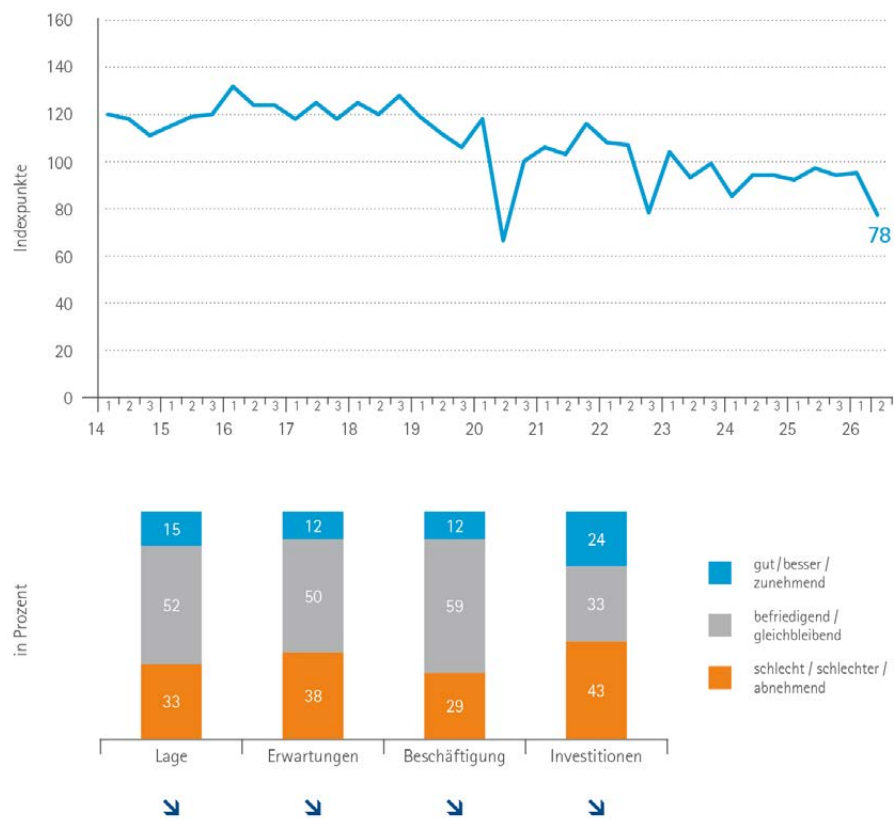
Einzelhandel

Der Einzelhandel steckt fest im Rezessionstief. Sechs Prozent der Einzelhändler melden gute Geschäftszahlen, fast vier von zehn Unternehmen (38 Prozent) sind mit der Geschäftslage unzufrieden. Damit stagniert der Lagesaldo klar im Negativbereich (Lagesaldo minus 32 Prozentpunkte, minus ein Punkt). Die Geschäftserwartungen des Einzelhandels erleiden einen weiteren Dämpfer. Mit minus 50 Prozentpunkten verzeichnet der Erwartungssaldo einen Negativrekord (Rückgang um 17 Punkte). Sogar der Branchenindex weist ein historisches Tief aus. Das zeigt sich auch in der Investitionsnachfrage. So bleibt die Investitionsneigung im Einzelhandel schwach (Investitionssaldo minus 28 Prozentpunkte, Saldoverlust um einen Punkt). Die Beschäftigungspläne marschieren im Gleichschritt damit: Kein Einzelhändler will einstellen, 29 Prozent der Einzelhandelsunternehmen sehen sich gezwungen, Personal zu entlassen, oder können ausscheidendes Personal nicht ersetzen (Beschäftigungssaldo minus 29 Prozentpunkte, Saldoverlust zwei Punkte).



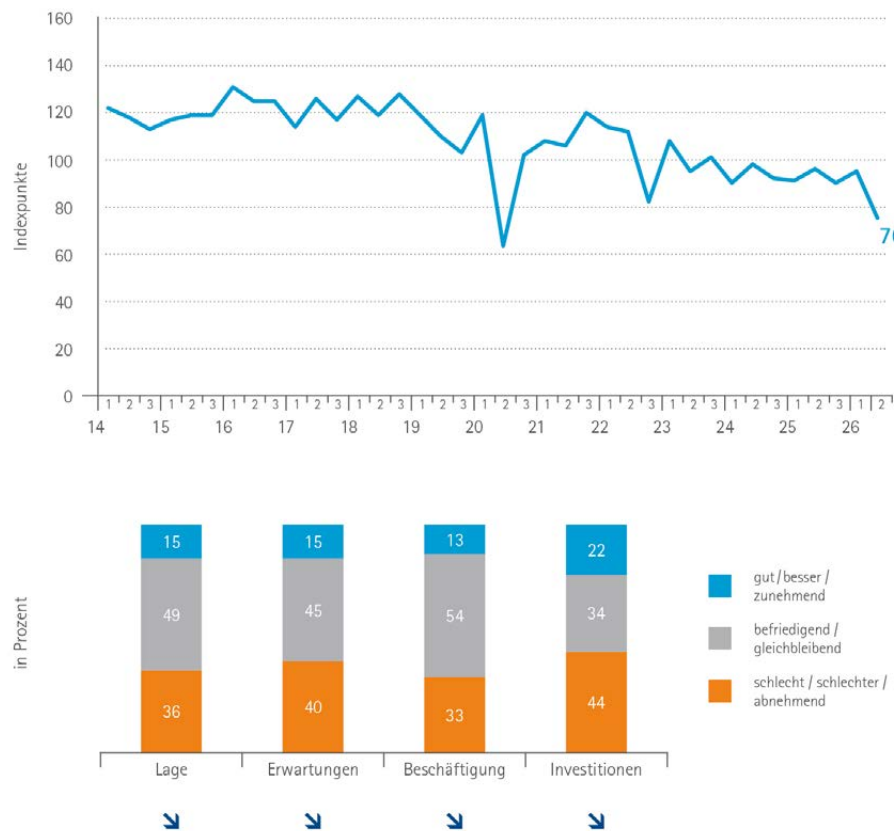
Dienstleistungen

Den Dienstleistern geht es deutlich schlechter als zu Jahresbeginn. So kippt der Saldo aus positiven und negativen Lageurteilen tief in den roten Bereich. Er beträgt aktuell minus 18 Prozentpunkte, 15 Punkte weniger als zur Vorumfrage. Konkret: Nur 15 Prozent der befragten Unternehmen sprechen von guten Geschäften, gut die Hälfte von lediglich befriedigenden Geschäften, ein Drittel sieht Grund zur Klage. Der Blick in die Zukunft ist pessimistischer denn je. So gibt der Erwartungssaldo 13 Prozentpunkte ab, er liegt aktuell bei minus 26 Prozentpunkten. Bei den Investitionen stehen die Dienstleister weiter auf der Bremse. Zwar gewinnt der Saldo der Investitionspläne vier Punkte. Er bleibt aber klar im roten Bereich (Investitionssaldo minus 19 Prozentpunkte). Auch bei den Beschäftigungsplänen sehen sich die Unternehmen gezwungen, Personal freizustellen oder ausscheidendes Personal nicht zu ersetzen. So soll die Zahl der Beschäftigten sinken (Beschäftigungssaldo minus 19 Prozentpunkte, Saldorückgang um fünf Punkte).



Unternehmensbezogene Dienstleistungen

Etwas schlechter als der Gesamtheit der Dienstleister geht es den unternehmensbezogenen Dienstleistern. Die angespannte Lage der Industrie schlägt durch. 15 Prozent der Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage einverstanden, 36 Prozent sind es nicht. Der Lagesaldo liegt aktuell bei minus 21 Prozentpunkten, 26 Prozentpunkte weniger als zu Jahresbeginn. Das gilt auch für die Zukunftserwartungen der Branche. Lediglich 15 Prozent der Unternehmen glauben an bessere Geschäfte, vier von zehn Unternehmen (40 Prozent) sehen eine Verschlechterung. Damit rutscht der Erwartungssaldo um 13 Punkte, er liegt aktuell bei minus 25 Prozentpunkten. Die Beschäftigungspläne saldieren bei minus 20 Prozentpunkten, acht Punkte weniger als zur Vorumfrage. Große Zurückhaltung auch bei den Investitionsplänen: Nur gut jedes fünfte Unternehmen (22 Prozent) will mehr investieren, knapp jedes zweite Unternehmen (44 Prozent) setzt bei Investitionen den Rotstift an (Investitionssaldo minus 22 Prozentpunkte, Saldoplus um zwei Einheiten).

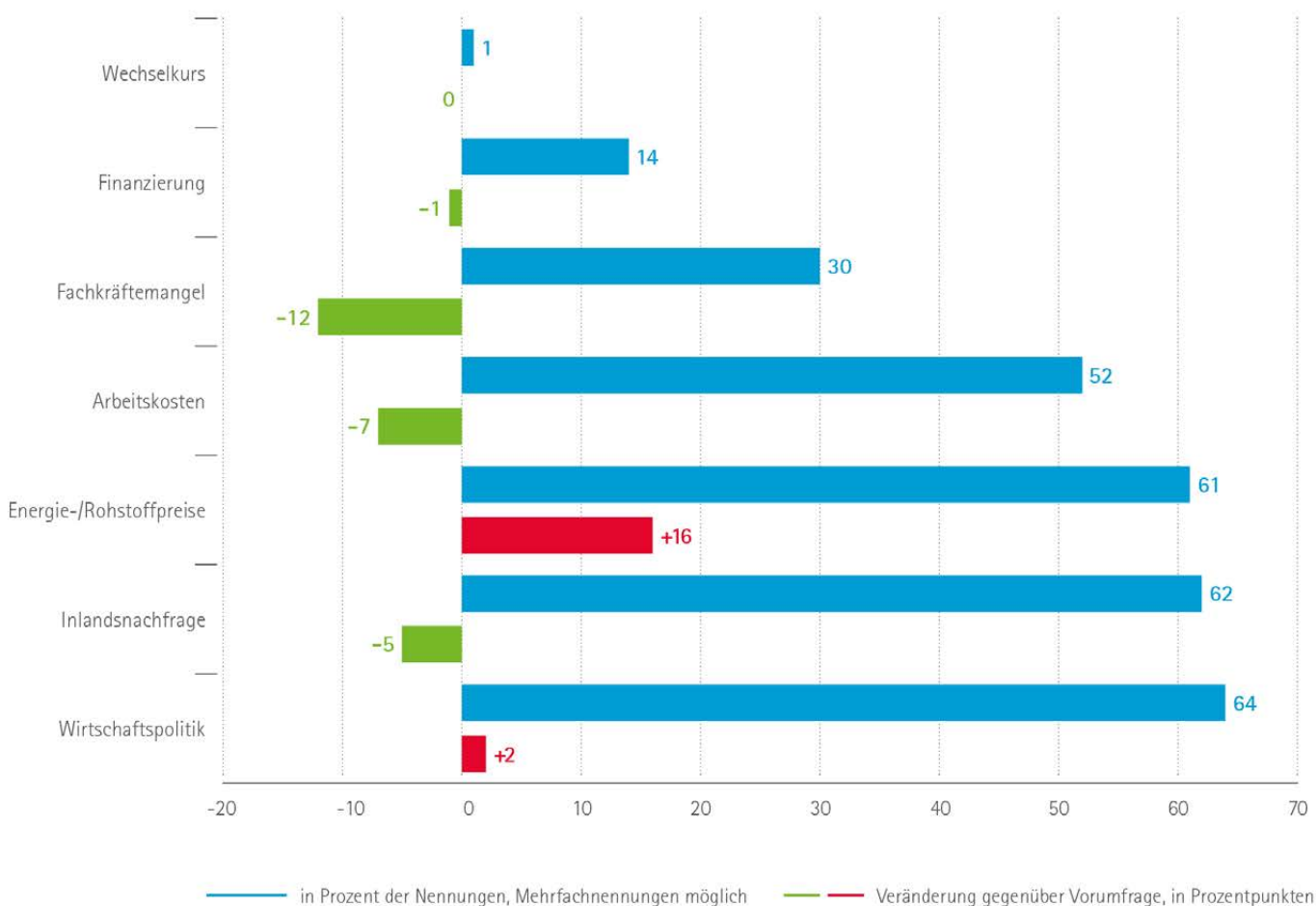


Risiken für die Wirtschaft

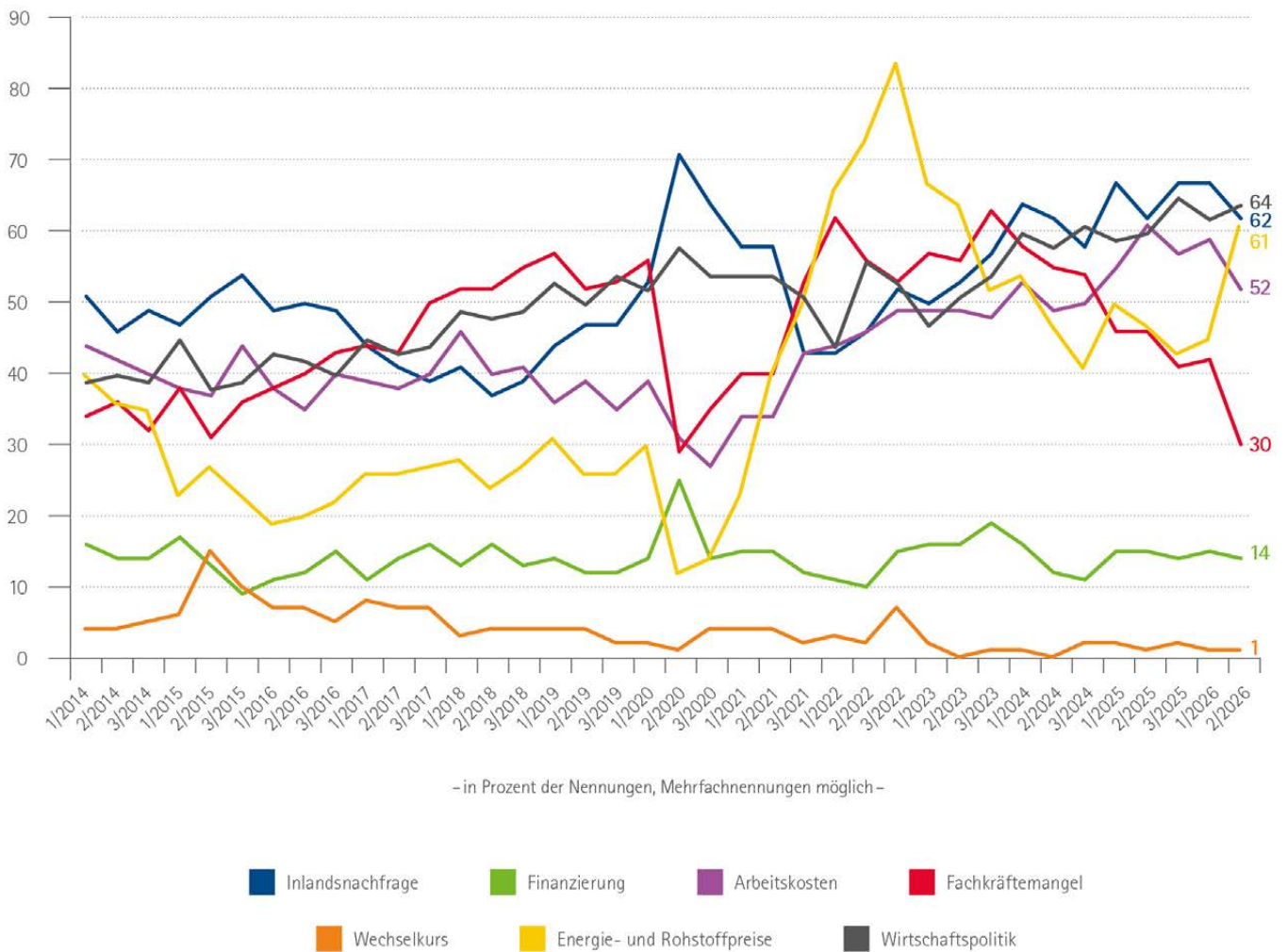
Das größte Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist die Qualität der Wirtschaftspolitik. 64 Prozent der südhessischen Unternehmen sind dieser Ansicht. Gegenüber der Vorumfrage zu Jahresbeginn ist das ein Zuwachs um zwei Prozentpunkte. In den Freitextantworten formulierte Kritikpunkte sind die jüngsten Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung rund um die Ölpreiskrise, insbesondere die angedachte steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie. Kritisch gesehen wird ferner die unverändert hohe Belastung durch Bürokratie und Regulierung.

Auf dem Risikoradar weit oben steht auch die Entwicklung der Inlandsnachfrage. 62 Prozent der Unternehmen sehen diese als Risiko, fünf Punkte weniger als zur Vorumfrage. Im Rückgang könnte sich die Erwartung von Nachfrageimpulsen der Sondervermögen niederschlagen. Am höchsten ist die Risikokennung Inlandsnachfrage mit 77 Prozent im Einzelhandel, der von der Entwicklung der Binnennachfrage unmittelbar abhängt. Auf Rang drei der Risikoliste stehen die Energie- und Rohstoffpreise. Dies äußern 61 Prozent der Unternehmen. Aufgrund des Nahostkonflikts und eines zeitweise explodierenden Ölpreises ist diese Risikokennung gegenüber Jahresbeginn um 16 Prozentpunkte gestiegen. Unternehmen aus der Industrie, dem Gastgewerbe und der Logistik teilen diese Einschätzung besonders oft.

Auch die schleppende Umsetzung der Energiewende könnte hier eine Rolle spielen. Des Weiteren gelten steigende Arbeitskosten angesichts eines leergefegten Arbeitsmarktes sowie steigende Sozialabgaben als Risiko (52 Prozent der Nennungen, minus sieben Punkte). Der Fachkräftemangel ist aus Sicht der Unternehmen kein akutes Problem (Risikokennung 30 Prozent, Rückgang um zwölf Punkte). Angesichts der bundesdeutschen Demografie bleibt er perspektivisch aber eine Herausforderung. Beim Blick in die Wirtschaftszweige fällt auf, dass das Fachkräfterrisiko in Industrie und Bau überdurchschnittlich häufig genannt wird. Dies könnte auf erwartete personelle Engpässe durch das Sondervermögen Infrastruktur hindeuten. Das Risiko schlechter Finanzierungsbedingungen rangiert nahezu konstant auf dem vorletzten Platz (Risikokennung 14 Prozent, minus ein Prozentpunkt). Das Risiko von Wechselkursänderungen sieht aktuell so gut wie kein Unternehmen.



Risiken im Zeitablauf



IMPRESSUM

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Darmstadt

Rheinstraße 89, 64295 Darmstadt

Geschäftsbereich Unternehmen und Standort

Autor: Dr. Peter Kühnl

☎ 06151 871-1107

@ peter.kuehnl@darmstadt.ihk.de

🌐 www.ihk.de/darmstadt

Gestaltung: AD MISSION Kreation und Kommunikation

Druck: Lautertal-Druck, Franz Bönsel GmbH

METHODIK

Datengrundlage sind die Ergebnisse der Konjunkturumfrage der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar. Befragt werden Mitgliedsunternehmen aller Wirtschaftszweige und Größenklassen aus der Wissenschaftsstadt Darmstadt sowie den Landkreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und dem Odenwaldkreis. Der Geschäftsklimaindex stellt den konjunkturellen Gesamtzustand der regionalen Wirtschaft dar. Er ist ein Mittelwert aus der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und der Geschäftserwartung der Unternehmen. Der Index kann einen Wert zwischen 0 und 200 annehmen. Der Wert 100 wird als Wachstumsschwelle bezeichnet: Wenn der Index über 100 liegt, ist mit wirtschaftlichem Wachstum zu rechnen. Die Indikatoren zur Geschäftslage, zur Geschäftserwartung, zur Exporterwartung sowie zu den Investitions- und Beschäftigungsplänen ergeben sich aus der Differenz zwischen positiven und negativen Antworten. Neutrale Aussagen bleiben unberücksichtigt. Die Pfeile stellen die aktuellen Salden grafisch dar. Weitere methodische Hinweise zur Konjunkturumfrage finden Sie im Internet unter www.darmstadt.ihk.de, Nummer 1845. Der Konjunkturbericht erscheint dreimal im Jahr. An der Konjunkturumfrage Frühsommer 2026 haben sich 217 Unternehmen beteiligt. Der Nachdruck von Text und Grafiken ist nur mit Quellenangabe gestattet.